

BRIEFING: Was ist los bei »TTIP 2.0« ?

Autorin: Laura Große (LobbyControl) | Redaktion: Kenneth Haar (Corporate Europe Observatory), Martin Konnecny (Seattle to Brussels Network) | März 2020

Hintergrund

Im Jahr 2017 kamen die Verhandlungen zwischen EU und USA über die »**Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft**« (TTIP) zum Stillstand. Grund waren die massiven europaweiten Proteste der Zivilgesellschaft und die Amtsübernahme durch Donald Trump im November 2016.

BOX 1: Chronik »TTIP 2.0«

Juli 2018: Gemeinsame Stellungnahme von Jean-Claude Juncker und Donald Trump

Oktober 2018: Erste Hinweise auf die Einbeziehung des Bereichs Landwirtschaft in die Verhandlungen

Januar 2019: Die Kommission veröffentlicht Entwürfe über zwei Verhandlungsmandate zu (1) Abbau von Industriezöllen (2) Zusammenarbeit bei Verfahren Konformitätsbewertung

15. April 2019: Rat gibt grünes Licht für Aufnahme der Verhandlungen

März 2019: Aufruf der Generaldirektion Handel (»DG Trade«) an Stakeholder: Vorschläge zu möglichen Bereichen für verstärkte regulatorischen Kooperation

Juni 2019: Ankündigung eines Abkommens über die Zuweisung eines Teils des EU-Zollkontingents für hochwertiges Rindfleisch an die USA

9. Juli 2019: Kommissionsbericht zu Industrie-Einreichungen bzgl. möglichen Bereichen für verstärkte regulatorische Kooperation

30. September 2019: NGOs fordern Transparenz in den Gesprächen zwischen EU und USA

22. November 2019: Generaldirektion Handel veröffentlicht den EU-Vorschlag für Abkommen über Konformitätsbewertungsverfahren

Januar/Februar 2020: Andeutungen von Offiziellen aus EU und USA weisen auf Zugeständnisse an die USA im Bereich Landwirtschaft hin

Februar 2020: Kommissionspräsidentin von der Leyen verkündet Finalisierung eines Abkommens bis Mitte März 2020

Seitdem haben sich die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den zwei Handelspartnern zunehmend verschlechtert. Vor allem die Erhebung von **US-Strafzöllen** auf verschiedene europäische Produkte sorgt für Verunsicherung. Bisher konnte die EU-Wirtschaft das gut verkraften. Aber EU-VertreterInnen befürchten empfindliche Rückschläge für exportorientierte Sektoren wie die deutsche Automobilindustrie, sollten die USA die Strafzölle auf Aluminium und Stahl ausweiten.

Den USA wiederum ist das Außenhandelsdefizit mit der EU ein Dorn im Auge, ein Abkommen soll ihnen vor allem den umfassenden Zugang zum europäischen Binnenmarkt sichern. Dazu gehört unter anderem die Beseitigung aller Zölle auf Industriegüter aus den USA und die Anerkennung sogenannter »Conformity Assessment Bodies« (**CABs**). Diese »Konformitätsbewertungsstellen« prüfen, ob Produkte den europäischen Vorgaben zu Qualität und Fertigungsstandards entsprechen. Aber das ist nicht alles: Schon lange drängen die USA auf die Abschaffung von Importbeschränkungen für landwirtschaftliche Produkte. Das betrifft etwa gentechnisch veränderte Organismen (**GVOs**), die zulässigen maximalen Rückstandswerte für Pestizide und den Einsatz von Chlor oder Peroxyessigsäure in der industriellen Fleischproduktion.¹

Vor diesem Hintergrund beschlossen Donald Trump und der ehemalige Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker im Jahr 2018, die Handelsgespräche zwischen den beiden Blöcken wieder aufzunehmen.² Seither betonte die Kommission stets, die EU-Ambitionen seien weitaus bescheidener als noch für TTIP. Bereiche mit erheblichen Differenzen bezüglich Produktstandards oder Fertigungsvorgaben stünden nicht zur Diskussion. Aktuelle Aussagen von Kommissions-VertreterInnen deuten jetzt auf das Gegenteil hin, und Konzessionen an die USA erscheinen immer wahrscheinlicher, etwa bei GVOs oder Pestiziden.³

Die Verhandlungsmandate: Zollabbau und Konformitätsbewertung

Zwischen August 2018 und Januar 2019 fand eine Reihe von Treffen der sogenannten »Executive Working Group« statt, aus denen Entwürfe für zwei Verhandlungsmandate hervorgingen: Eines soll den Abbau von Zöllen auf Industriegüter regeln, das andere die verstärkte Zusammenarbeit bei Konformitätsbewertungen ermöglichen.⁴ Im April 2019 erteilte der Rat der Europäischen Union (das Gremium der europäischen Staats- und Regierungschefs) der Kommission grünes Licht für den Start der Verhandlungen.

Die Verhandlungen zum Abbau von Zöllen stecken aktuell in der Sackgasse, ein zeitnaher Abschluss ist nicht absehbar. Anders sieht es beim anvisierten Abkommen für verstärkte **Zusammenarbeit bei Konformitätsbewertung** aus, hier scheint eine Einigung immer wahrscheinlicher. Im November 2019 veröffentlichte die Kommission den EU-Entwurf für ein Abkommen.⁵ In Medien und Öffentlichkeit erregte dies zunächst wenig Aufmerksamkeit. Ein Grund hierfür ist, dass die Kommission ihre selbstgesteckten Ansprüche an zivilgesellschaftliche Einbindung in die EU-Handelspolitik nicht mehr erfüllt.⁶ Der massive öffentliche Druck auf die TTIP-Verhandlungen hatte zunächst für Fortschritte gesorgt, etwa in Bezug auf **bessere Transparenz**: Erstmals veröffentlichte die Handelskommission konkrete Textentwürfe und Berichte über die einzelnen Verhandlungsrunden. Von dieser Praxis ist sie in den aktuellen Handelsgesprächen mit den USA nun vollständig abgerückt.

Der Rückschritt wird damit begründet, dass die neuen Verhandlungen kein umfassendes Handelsabkommen zum Ziel hätten und deshalb nicht die gleichen Anforderungen gelten würden wie noch für TTIP, CETA und andere Verträge. Diese Logik liegt auch der Entscheidung zugrunde, für die neuen Handelsgespräche keine »Nachhaltigkeitsfol-

BOX 2: Was ist »Konformitätsbewertung«?

Der Begriff »Konformitätsbewertung« bezeichnet Verfahren, die direkt oder indirekt sicherstellen sollen, dass ein Produkt den **technischen Vorgaben und Produktionsstandards** des heimischen Marktes genügt. Das umfasst Vorschriften für die Ausgestaltung von Kontroll- und Inspektionsverfahren, die Akkreditierung von Konformitätsbewertungsstellen und die Registrierung und Überprüfung eines gegebenen Produkts.

Diese Verfahren werden werden in EU und USA auf **unterschiedliche Weise gehandhabt** und die Kriterien für Qualität und Marktzulassung weichen teils erheblich voneinander ab. Ein Abkommen, dass die Konformitätsbewertungsverfahren der jeweils anderen Partei ohne Auflagen als gleichwertig anerkennt, birgt ein erhebliches Risiko für VerbraucherInnen und Schutzstandards auf beiden Seiten des Atlantiks. Denn in vielen Bereichen (z. B. in der Lebensmittelproduktion oder bei Kosmetika) sind EU-Vorgaben strikter als die US-amerikanischen. Umgekehrt verfügen auch die USA über stärkere Regeln, etwa bei der Zulassung von elektronischen Geräten und Spielzeugen. auch einige US-Regeln umgekehrt – und umgekehrt. Mithilfe von regulatorischer Kooperation bei der Konformitätsbewertung könnten Unternehmen die jeweils stärkeren Regelungen unter Druck setzen und so eine **»Abwärtsspirale« für Standards und Produktsicherheit** auslösen.

genabschätzung« (engl. Sustainability Impact Assessment) durchzuführen. Eine solche Folgenabschätzung ist eigentlich für alle Handelsverträge vorgesehen. Bei TTIP 2.0 aber erklärte die Kommission sie für überflüssig. Die »politische Notwendigkeit, Spannungen in den EU-US Handelsbeziehungen abzubauen« wiege schwerer als Bedenken zu möglichen Folgewirkungen. Außerdem sei davon auszugehen »dass das Abkommen keine signifikanten wirtschaftlichen, sozialen oder umweltrelevanten Effekte, abgesehen von den zu erwartenden Vorteilen durch die Vereinfachung von Konformitätsbewertungen«. ⁷ Diese Begründung ist nicht nur fadenscheinig, sondern birgt auch erhebliche Gefahren.

Denn Konformitätsbewertung mag technisch und harmlos klingen, ist in Wahrheit aber eine Spielart der sogenannten »**Regulatorischen Kooperation**«. ⁸ Dieser Mechanismus in Handelsverträgen war – neben Konzern-Sonderklagerechten oder Sorge um öffentliche Versorgungsleistungen – einer der zentralen Kritikpunkte im Rahmen der Proteste gegen TTIP. Ziel hierbei ist vorgeblich die Beseitigung von sogenannten »nicht-tarifären Handelshemmnissen« und der Abbau von Bürokratie (etwa bei Produktzulassungen) zugunsten frei fließender Handelsströme. Was BefürworterInnen häufig unterschlagen: Regulatorische Kooperation ist eine ernstzunehmende **Gefahr für demokratische Entscheidungsprozesse**. Denn einmal eingeführt kann darüber jedes Regelungs- oder Gesetzesvorhaben wegen vermeintlich negativer Effekte auf den Handel attackiert werden – ganz unabhängig davon, ob es um Sanktionen für umweltschädliche Produkte geht, um neue Schutzstandards oder um Maßnahmen für erhöhte Produktsicherheit. In der Regel kreieren Handelsverträgen spezielle Gremien, die mit der Abschätzung der möglichen Folgen eines Gesetzes oder einer Regulierung betraut sind. Die Mitglieder dieser Gremien können in der Regel unter Ausschluss der Öffentlichkeit und ohne parlamentarische Kontrolle agieren. Nicht selten holen die Gremien zusätzliche »Expertise« in Form von Industrie- und Konzern-VertreterInnen ins Boot.

Vor allem im **sensiblen Bereich Landwirtschaft** ist die Bedrohung akut: Denn dieser ist im Mandat für Konformitätsbewertung nicht explizit ausgeklammert. Entsprechend erlaubt auch der kürzlich veröffentlichte EU-Vorschlag ⁹ spätere Ergänzungen des Geltungsbereichs, etwa für Agrar-Erzeugnisse. Doch anscheinend setzt die Kommission zur Besänftigung der USA nicht nur Handelsverträge. Die Äußerungen von Handelskommissar Phil Hogan deuten vielmehr darauf hin, dass die Kommission bestimmte Forderungen auch auf anderem Weg erfüllen könnte. Das betrifft auch den Marktzugang für solche Produkte, die in Europa auf Grundlage des Vorsorgeprinzips reguliert werden.

Geheimgespräche im Schatten der Verhandlungen?

Unabhängig davon, ob EU und USA sich bald auf ein Abkommen zu Konformitätsbewertung verständigen, bergen die Gespräche noch auf andere Weise Risiken. Es mehren sich die Hinweise darauf, dass die Kommission im Schatten der Gespräche auch ganz andere Bereiche diskutiert. Schon die gemeinsame Stellungnahme von Trump und Juncker im Juli 2018 führte weit mehr Bereiche und Produkte auf als in den Mandaten enthalten sind.

Aufgelistet sind etwa die »Sondierung von dem Handel zuträglichen Maßnahmen« in den Bereichen »Dienstleistungen, Chemikalien, Medikamente, medizinische Geräte und Soja« und die »strategische Kooperation in Energiefragen, einschließlich **Importerhöhungen für Flüssigerdgas** [»Liquefied Natural Gas«, LNG] aus den USA«. Zudem haben US-VertreterInnen deutlich gemacht,

dass sie über die genannten Bereiche hinaus von der EU Entgegenkommen erwarten, zum Beispiel beim Einsatz von Gentechnik. Erst kürzlich forderte der US-Sekretär für Landwirtschaft Sonny Perdue, die Kommission müsse die Sorgen der europäischen Bevölkerung zerstreuen und den Stimmen von NGOs entgegenwirken, die vermeintlich irrationale Ängste »regarding hazard-based rather than risk-based approach« streuten. Offenbar wittern die USA hier Morgenluft: »We have to make policy decisions based on sound science when it comes to food. [...] I think they [EU policy-makers] are willing to do that.«¹⁰

BOX 3: Gefahr für den europäischen »Green Deal« ?

Handel hat potentiell erhebliche Auswirkungen auf Klimaschutzmaßnahmen. Offiziell hat die EU-Kommission erklärt, sie werde »Diplomatie, Handel und Entwicklungszusammenarbeit nutzen, um den Klimaschutz voranzubringen«. Das Pariser Klimaabkommen von 2015 sei »der Schlüssel um den Klimawandel zu bewältigen.« Doch diese Aussagen verkommen zu bloßen Worthülsen, wenn weiterhin mit Partnern wie den USA verhandelt wird. Das Land hat erklärt, Ende 2020 formal vom Pariser Abkommen zurückzutreten.

Sollte sich die Kommission z.B. zu Kompromissen bei Pestizitrückständen in Lebensmitteln hinreißen lassen, würde das direkt deren Einsatz in den USA befeuern und Stimmen befördern, die auch die Zulassung für den Gebrauch in der EU fordern. Dies aber steht in direktem Gegensatz zu den Verpflichtungen im Rahmen des europäischen »Green Deal«, der die Reduzierung von Pestiziden explizit als Maßnahme auflistet.

Und auch auf andere Weise behindern die Verhandlungen die Umsetzung des Pariser Abkommens: So schoss der Import von LNGs seit Aufnahme der Handelsgespräche im August 2018 bis Ende 2019 um 563% in die Höhe. Das verzögert den Ausbau von Erneuerbaren Energien und erhöht die Abhängigkeit der EU von fossilen Energieträgern.

Besonders problematisch sind in diesem Zusammenhang Verlautbarungen, eine Einigung mit den USA ließe sich **unabhängig von einem offiziellen Handelsabkommen** erzielen. Diese Entwicklung deutete sich bereits im ersten Bericht der »Executive Working Group«¹¹ von Januar 2019 an: Die Kommission plane einen zeitnahen Aufruf an mögliche Stakeholder, der geeignete Bereiche für regulatorische Kooperation identifizieren sollte – und zwar *unabhängig* vom geplanten Abkommen und künftigen Verhandlungen. Künftige Aktivitäten in diesem Bereich sollten »auf freiwilliger Basis« stattfinden. Diese Haltung bekräftigte kürzlich auch Handelskommissar Phil Hogan: Zwar seien die EU-Mitgliedsstaaten derzeit außerstande, »sich auf ein Mandat zu verständigen, das Verhandlungen im Bereich Landwirtschaft ermöglicht«. Aber, so Hogan weiter: »Regulatorische Kooperation könnte ein möglicher Mechanismus sein, um Diskussionen über nicht-tarifäre Handelshemmnisse im

Bereich Landwirtschaft anzustoßen«.¹²

Es ist äußerst alarmierend, dass die Kommission regulatorische Kooperation nutzen will, ohne sich der **Zustimmung und Kontrolle** durch demokratisch gewählte Abgeordnete aussetzen zu müssen.

Drei konkrete Risikobereiche: GVOs, Pestizide und „Chlorhühnchen“

Unter geltendem EU-Recht hat die Kommission die Kompetenzen, weitreichende Änderungen der bisherigen Regeln im Alleingang durchzusetzen, teilweise ohne die Zustimmung der Abgeordneten im Europäischen Parlament einzuholen und ohne die bestehenden Mandate verändern oder aus-

weiten zu müssen. Grund dafür ist die Gestaltung der EU-Abstimmungsverfahren zugunsten der Kommission und zulasten der Abgeordneten im EU-Parlament.

Über dieses Ungleichgewicht konnte die Kommission bereits in der Vergangenheit **riskante Zugeständnisse** erzwingen. Im Jahr 2013 erlaubte sie per Verordnung den Einsatz von Milchsäure in der Rindfleischproduktion, um den Boden für erfolgreiche Verhandlungen mit den USA über TTIP zu bereiten.¹³ Auch im Januar 2019, kurz vor Wiederaufnahme der Gespräche, erging ein vorzeitiges Geschenk an die USA: Die Kommission stufte Biokraftstoffe auf Soja-Basis aus den USA als »nachhaltig« ein, konträr zu Beteuerungen, nachhaltige Energien fördern zu wollen und in eindeutigen Konflikt mit den Zielen des »Green Deal« (siehe Box 3).¹⁴

Dies wirft die Frage auf, ob die Kommission im Kontext der laufenden EU-US-Gespräche weitere Maßnahmen plant, die zur **Absenkung von EU-Standards** führen werden. Sollten die USA ihre Androhungen mit Strafzöllen verschärfen, könnte dies die Kommission zu Zugeständnissen in mindestens drei Risikobereichen bewegen.

Chemikalien in der Fleischproduktion

Seit kurzem prüft die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) die Anwendung von Milch- und Peroxyessigsäure zur Reinigung von Schweinefleisch, wahrscheinlich vor dem Hintergrund der EU-US-Verhandlungen.¹⁵ Erst kürzlich forderte der US-Sekretär für Landwirtschaft Sonny Perdue die Zulassung des sogenannten »pathogen reduction treatment«, also der **Abtötung von Krankheitserregern mittels Chemikalien**. Die in den USA üblicherweise verwendete Peroxyessigsäure sei mit herkömmlichen Essig vergleichbar und völlig undenklich. Doch zahlreiche Untersuchungen kommen zu anderen Ergebnissen: Demnach ist Peroxyessigsäure nicht nur bei direktem Konsum ungesund, sondern aufgrund seiner hochexplosiven und ätzenden Eigenschaften auch ein großes Risiko für die Gesundheit von Beschäftigten in der Produktion.¹⁶

Pestizide

Auch bei der Verwendung von Hormonen in der Fleischproduktion und Pestiziden in der Landwirtschaft wollen die USA Bewegung sehen. Derzeit ist es unwahrscheinlich, dass die EU ihre Position bei hormonbehandeltem Rindfleisch ändert. Denn einerseits ist hier mit erheblichem Widerstand durch die europäischen Fleischerzeuger und VerbraucherInnen zu rechnen, und andererseits ist die Kommission den USA mit einem Abkommen in die

BOX 4: Mehr Pestizide dank »REFIT«?

Nach geltendem EU-Recht sind selbst minimale Rückstände von Pestiziden in Lebensmitteln, die in der EU produziert werden, komplett verboten. Anders sieht die Lage bei Importgütern aus: Hier der wachsende Druck durch Agrar-Lobbygruppen wie der »European Crop Protection Association« (ECPA) und von Seiten einiger Länder (darunter die USA und Kanada) Wirkung gezeigt, und die aktuell gültigen Regeln bieten reichlich Platz für Interpretationsspielraum.

Diese rechtliche Ungewissheit birgt im Kontext der Verhandlungen zwischen EU und USA konkrete Gefahren: Für 82 der in der EU verbotenen Pestizide gelten in den USA keine vergleichbaren Beschränkungen. Derzeit überprüft die Kommission im Rahmen des sogenannten »REFIT«-Programms die Regelungen zu Pestizidrückständen in Importgütern. Sollte das Ergebnis dieser Neubewertung positiver ausfallen als bei früheren Überprüfungen, könnte die Kommission in Zukunft von der bisherigen Praxis abrücken und Pestizidrückstände in Importgütern erlauben. Langfristig würde dies auch die Zulassung für die Produktion in Europa selbst mitbefördern.

sem Bereich bereits entgegengekommen (Box 1).¹⁷ Anders sieht es bei den **Höchstwerten von Pestizidrückständen** in Lebensmitteln aus. Auch hier drängen die USA auf die Abschwächung bestehender Regelungen. Hier sind die Aussichten auf Erfolg größer, aktuell unterzieht die Kommission den Bereich einer Neubewertung im Rahmen des »REFIT«-Programms (Box 4).

Gentechnisch veränderte Organismen (GVO's)

US-Forderungen nach Einfuhrgenehmigungen für gentechnisch veränderte Organismen (GVOs) in die EU haben lange Tradition. Mittlerweile wurden sie mit Erfolg belohnt: GVO sind in Futtermittelpimporten mittlerweile weitgehend erlaubt, Schätzungen zufolge sind lediglich acht Genpflanzenzüchtungen für den EU-Import verboten. Trotzdem nehmen die USA die neuen Verhandlungen zum Anlass, den Druck zu erhöhen. Offenbar mit Erfolg, wie Statements von EU-VertreterInnen zeigen. Zur Debatte stehen vor allem beschleunigte Zulassungsverfahren, Zugeständnisse sind aber auch für **neue Verfahren wie das »Genome Editing«**, oder für die Genehmigung von GVOs in menschlicher Nahrung denkbar.

Quellen und weiterführende Links

EU-Kommission und US Trade Representative (USTR)

- [Gemeinsame Erklärung von Donald Trump und Jean-Claude Juncker](#) (Juli 2018)
- [Zwischenbericht der »Executive Working group«](#) (Januar 2019)
- [US-EU Negotiations. Summary of Specific Negotiations Objectives](#) US Trade Representative (Januar 2019)
- [Verhandlungsmandat Industriezölle](#) (April 2019)
- [Verhandlungsmandat Konformitätsbewertung](#) (April 2019)
- [Fortschrittsbericht der Verhandlungen](#) (Juli 2019)
- [EU-US Abkommen über die Zuweisung eines Teils des Zollkontingents für hochwertiges Rindfleisch an die Vereinigten Staaten](#) (August 2019)
- [EU-Vorschlag für ein Abkommen über Konformitätsbewertung](#) (November 2019)
- [EFSA-Datenbank über Anfragen](#) (Filtermöglichkeit für Anfragen durch die EU-Kommission)

Materialien und Statements der Zivilgesellschaft

- LobbyControl, PowerShift: ["TTIP 2.0 is about regulatory cooperation"](#) (März 2019)
- IATP: [Food Standards on the Menu at U.S.-EU Talks](#) (April 2019)
- PowerShift, Canadian Centre for Policy Alternative u. a.: [International regulatory cooperation and the public good](#) (April 2019)
- Corporate Europe Observatory, AK Europe: [Schutzstandards wegverhandeln. Aufkeimende Bedrohung durch Handelsgesprächen zwischen EU und USA über Konformitätsüberprüfung](#)(August 2019)
- [Offener Brief der Zivilgesellschaft anlässlich des Amtsantritts von Phil Hogan](#) (September 2019)
- Gemeinsame Erklärung von 123 Organisationen der Zivilgesellschaft: ["Kein TTIP durch die Hintertür!"](#) (Februar 2020)

Medienbeiträge und Lobbypositionen

- Synopsis Report: [Lobbypositionen zu regulatorischer Kooperation](#) (July 2019)
- Transcript CSIS Event, 16. Januar 2020: [Refreshing Transatlantic Trade Relations](#)
- Politico PRO Europe, 20. Januar 2020: [Hogan floats ways to include farm rules in trade talks with the US](#)
- Bloomberg, 26. Januar 2020: [In Bid for Trump Trade Deal, EU Turns to Shellfish from Soybeans](#)
- Euractiv, 27. Januar 2020: [US agriculture chief urges EU to listen to science, not fear-mongering NGOs](#)
- Euractiv, 7. Februar 2020: [Member states 'in the dark' over Commission's talks with the US](#)
- Politico Europe, 26. Februar 2020: [EU mulls faster genetically modified food approvals for Trump](#)

Pestizide, GVOs, Chemikalien in der Fleischproduktion

- Zu Peroxyessigsäure: BEUC: [Peroxyacetic acid rinses on poultrymeat: the consumer perspective](#) (2014)
- Zu GVOs: Corporate Europe Observatory: [Biotech Lobby's push for new GMOs to escape regulation](#) (2016)
- Zur Verwendung von Chlor in der Hühnerfleischproduktion: Which?: [Fears around chlorinated chicken are not 'unfounded'](#) (May 2019)
- Zu Pestiziden: Corporate Europe Observatory: [Toxic residues through the back door](#) (Februar 2020)



Nachweise

- 1 USTR: Summary of EU-US Negotiating Objectives, https://ustr.gov/sites/default/files/01.11.2019_Summary_of_U.S.-EU_Negotiating_Objectives.pdf
- 2 Gemeinsame Erklärung von Juncker und Trump von Juli 2018: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/STATEMENT_18_4687
- 3 Politico 26. Februar 2020: EU mulls faster genetically modified food approvals for Trump, <https://www.politico.eu/article/eu-mulls-faster-genetically-modified-food-approvals-for-trump/>
- 4 Commission welcomes Council's green light to start negotiations with the United States <https://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=2010&title=EU-U.S.-Trade-Commission-welcomes-Councils-green-light-to-start-negotiations-with-the-United-States>
- 5 EU-Textvorschlag für ein EU-US-Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertung: https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/november/tradoc_158448.pdf
- 6 In ihren Transparenz-Richtlinien verpflichtet sich die Generaldirektion Handel (DG Trade) zur Veröffentlichung von »substantive material, to allow all interested stakeholders to follow the development of discussions«. Das umfasst explizit alle Textvorschläge von europäischer Seite und Berichte nach jeder einzelnen Verhandlungsrunde. Auch die Durchführung sogenannter »Nachhaltigkeitsfolgenabschätzungen« (engl. Sustainability Impact Assessment) gehört dazu. Diese sollen parallel zu laufenden Verhandlungen die ökonomischen, sozialen, menschenrechtlichen und umweltrelevanten Folgewirkungen eines geplanten Abkommens erfassen. Für die EU-US-Gespräche fehlt all das. Mehr hier: https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2018/november/tradoc_157486.pdf
- 7 Erläuterungen zur Kommissionsempfehlung für eine Ratsentscheidung zur Autorisierung der Aufnahme von Verhandlungen mit den USA über Konformitätsbewertungen (COM(2019) 15 final), S. 3 https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/january/tradoc_157627.pdf
- 8 Ausführliche Informationen zu regulatorischer Kooperation allgemein hier: <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/TTIP-Studie-Ein-gef%C3%A4hrliches-regulatorisches-Duett.pdf> (2016). Mehr zu regulatorischer Kooperation in den laufenden EU-US-Handelsgesprächen hier: <https://www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Warning-TTIP-2.0-is-about-regulatory-cooperation.pdf>
- 9 EU-Textvorschlag für ein EU-US-Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertung: https://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2019/november/tradoc_158448.pdf
- 10 Euractiv, 27. Januar 2020: [US agriculture chief urges EU to listen to science, not fear-mongering NGOs](https://www.euractiv.com/feature/us-agriculture-chief-urges-eu-to-listen-to-science-not-fear-mongering-ngos)
- 11 Die Executive Working Group ist eine Arbeitsgruppe von ranghohen europäischen und US-amerikanischen HandelsbeamtenInnen, die für die Vorbereitung der Verhandlungen seit Herbst 2018 verantwortlich war.
- 12 Transcript CSIS Event, 16. Januar 2020: Refreshing Transatlantic Trade Relations, https://csis-prod.s3.amazonaws.com/s3fs-public/event/200116_Refreshing_Transatlantic_Trade_Relations.pdf?yn2oMHvyW4P_nwwZ4RmZK8BkRXjX4U57&utm_source=POLITICO.EU&utm_campaign=24e1b15caf-EMAIL_CAMPAIGN_2020_01_21_05_59&utm_medium=email&utm_term=0_10959edeb5-24e1b15caf-189017913
- 13 Verordnung (EU) Nr. 101/2013 über die Verwendung von Milchsäure zur Verringerung mikrobiologischer Oberflächenverunreinigung von Rinderschlachtkörpern: <https://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:034:0001:0003:EN:PDF>
- 14 Beschluss der Kommission vom 29. Januar 2019 über die Anerkennung des Systems »U.S. Soybean Sustainability Assurance Protocol« zum Nachweis der Einhaltung der Nachhaltigkeitskriterien der Richtlinien 98/70/EG und 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates: [https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=PI_COM:C\(2019\)728&from=EN](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=PI_COM:C(2019)728&from=EN)
- 15 EFSA: Evaluation of the safety and efficacy of the organic acids lactic and acetic acids to reduce microbiological surface contamination on pork carcasses and pork cuts <https://efsa.onlinelibrary.wiley.com/doi/10.2903/j.efsa.2018.5482>
- 16 National Employment Law Project (NELP): Comments to NIOSH on Health Effects of Poultry Workers to the Anti-Microbial Peracetic Acid, <https://www.nelp.org/publication/nelp-comments-to-niosh-on-health-effects-of-poultry-workers-to-the-anti-microbial-peracetic-acid/>; Washington Post Journal: At chicken plants, chemicals blamed for health ailments are poised to proliferate: https://www.washingtonpost.com/politics/at-chicken-plants-chemicals-blamed-for-health-ailments-are-poised-to-proliferate/2013/04/25/d2a65ec8-97b1-11e2-97cd-3d8c1afe4f0f_story.html
- 17 Corporate Europe Observatory: Toxic residues through the back door, <https://corporateeurope.org/en/2020/02/toxic-residues-through-back-door>